

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 3

Artikel: Die Europäische Armee im Rahmen der Verteidigung Europas
Autor: Kruls, H.J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160066>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE EUROPÄISCHE ARMEE IM RAHMEN DER VERTEIDIGUNG EUROPAS

VON GENERAL H. J. KRULS

Sechs europäische Länder wollen einen sehr wichtigen Schritt unternehmen. Frankreich, Westdeutschland, Italien und die Beneluxländer beabsichtigen, eine europäische Defensivgemeinschaft zu gründen, oder sie haben dies vielleicht schon getan im Augenblick, in dem der Leser diesen Artikel zu Gesicht bekommt.

Als Vertrag, wonach sich eine Anzahl Staaten gegenseitig Hilfe versprechen für den Fall, daß einer von ihnen angegriffen würde, und übereinkommen, sich nach Möglichkeit anzustrengen, um ihre Abwehr zu stärken, ist dieses neue Abkommen zwar wichtig, aber historisch betrachtet nicht außergewöhnlich. Der Brüsseler Pakt verfolgte ein ähnliches Ziel, obwohl die vertragschließenden Mächte nicht die gleichen waren, und dem Atlantikpakt, der zwar auch hinsichtlich der Struktur anders gestaltet ist, sind fünf dieser sechs europäischen Länder schon früher beigetreten.

Daß sich Deutschland, im zweiten Weltkrieg der Feind des Westens, an dieser europäischen Defensivgemeinschaft beteiligen wird, sofern es nicht unter sowjetrussischer Vormundschaft steht, ist wichtig, aber der Beitritt seines damaligen Achsengenossen Italien zur nordatlantischen Union bildete bereits einen Präzedenzfall auf dem Gebiete des defensiven Zusammengehens der bisherigen Gegner des zweiten Weltkrieges.

Wenn man die europäische Defensivgemeinschaft als eine sehr wichtige, neue Wege eröffnende Gründung betrachtet, dann geschieht dies vor allem, weil es in der europäischen Geschichte das erste Mal sein wird, daß große und kleine unabhängige souveräne Staaten sich im Interesse ihrer gemeinschaftlichen Sicherheit so eng zusammenschließen, daß sie dabei wenigstens zu einem großen Teil auf die freie Verfügung über ihre eigene Wehrmacht verzichten, also auf das Machtmittel, auf dem schlußendlich ihre Unabhängigkeit und

Souveränität beruhen, den vornehmsten Attributen eines freien Staates. Für alle diese Länder bedeutet dieses Vorgehen einen wichtigen historischen Schritt, auch für Deutschland, das zwar seine vollständige Freiheit noch nicht wiedererlangt und noch keine eigene Armee wiederaufgebaut hat, aber sich doch schon in einem fortgeschrittenen Stadium des Regenerationsprozesses der Besiegten befindet, einem Prozeß, der schlußendlich zur Unabhängigkeit und Souveränität führen muß. Für Deutschland ist die Entscheidung überdies deshalb so wichtig, weil die Vorschläge des anderen Siegers des Jahres 1945, der Sowjetunion, die Aussicht auf Freiheit und Unabhängigkeit, auf Wiederherstellung der Reichseinheit und auf eigene Wehrmacht durchblicken lassen.

Überzeugte Anhänger einer europäischen Defensivgemeinschaft beklagen sich über die lange Dauer der Verhandlungen und Vorbereitungen. Ihre Haltung läßt sich mit ihrem tiefempfundenen Bedürfnis erklären, im Hinblick auf die Europa drohenden Gefahren die europäische Verteidigung möglichst rasch zu verstärken. Aber auch sie werden zugeben müssen, daß die Zeit, welche es gekostet hat, sechs Länder zu einer so weittragenden Entscheidung zu bringen, schwerlich anders als kurz genannt werden darf. Eine kurze Zeitspanne, welche wiederum beweist, daß diese sechs europäischen Völker den Ernst der Weltlage so bewerten, daß sie bereit sind, innert weniger Monate eine so wichtige Entscheidung zu treffen.

In den schwierigen Nachkriegsjahren begann Westeuropa einzusehen, daß sein historischer Aufbau aus mittelgroßen und kleinen Staaten, von denen jeder für sich eine politische, militärische und volkswirtschaftliche Einheit bildet, auf die Dauer nicht mehr die Kraft haben wird, zwischen der Sowjetunion und den USA weiter zu existieren. Während der dem Siege folgenden Zeit der wirtschaftlichen und finanziellen Erschöpfung begann Europa zu verstehen, daß Kraft aus Einheit wachsen muß, und die bestehende Zersplitterung nur zu Verschwendung und Entkräftung führen würde. Das Zerreißen der festen Bande mit überseeischen Gebietsteilen, die bisher auch relativ kleinen Staaten eine große wirtschaftliche Selbständigkeit gaben, hat diese Einsicht noch verstärkt. Aus der Not der Zeit entstand ein europäischer Föderalismus, dessen Wachstum durch die Bedrohung der Sicherheit und Angst vor einer neuen Weltkatastrophe beschleunigt wurde. Wenn je daraus ein föderatives Europa entstehen würde, dann müßten als logische Folgerung die föderativen europäischen Staaten ihre Verteidigung zu einer föderativen Angelegenheit machen, und es müßte automatisch eine föderative europäische Wehrmacht entstehen.

Die Entwicklung ist aber nicht diesen Weg gegangen. Das der großen militärischen Kraft der Sowjetunion gegenüber fast wehrlose

Europa kann nicht auf die Geburt der europäischen Föderation warten. Um seine Verteidigungsstärke zu erhöhen, muß es sich, ohne auf die europäische Einheit warten zu können, nach rasch wirkenden Mitteln umsehen, die bei der europäischen Zersplitterung nicht im notwendigen Maße vorhanden sind.

Dazu kommt, daß die USA, die ein solch hohes Interesse am Fortbestand Europas haben, und aus diesem Grunde große Hilfe leisteten und leisten, um die europäischen Länder vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten und militärisch zu stärken, die europäische Vereinigung stark förderten. Die Bereitwilligkeit der Bevölkerung der USA, für andere Länder große Opfer zu bringen, hat ja irgendwo eine Grenze. Diese wird sowohl durch die vernünftige Erwartung bestimmt, daß die Erhaltung Europas tatsächlich sichergestellt werden kann, als auch durch die Forderung, daß Europa selbst einen maximalen Beitrag leistet. Eigenes Verständnis der sechs europäischen Staaten und amerikanische Ermutigung haben zusammen in die Richtung der europäischen Defensivgemeinschaft geführt, mit einer gemeinsamen europäischen Wehrmacht.

Jetzt stellt sich die Frage, ob eine europäische Wehrmacht existenzfähig ist, solange kein politisch vereinigt Europa, keine Föderation der europäischen Staaten besteht? Grundsätzlich müßte man diese Frage verneinend beantworten, aber der Vertrag versucht diese Schwierigkeiten durch die Gründung einer europäischen Defensivunion zu lösen, sozusagen in der Form einer Föderation ad hoc, für den beschränkten Zweck, gemeinsam das Defensivinteresse zu fördern.

Wichtiger noch als dieser überwiegend theoretische Punkt ist die praktische Frage, ob eine europäische Wehrmacht als gemeinsamer Machtapparat einer Anzahl europäischer Staaten, welche abgesehen von der Defensivunion keine Einheit bilden, tatsächlich zum gewünschten Resultat wird führen können, die europäische militärische Kraft bedeutend zu stärken. Vom Standpunkte des Militärs aus betrachtet wäre man geneigt, diese Frage mit einem nicht allzu unumwundenen Ja zu beantworten. Diese Lösung wird sicher eine Stärkung mit sich bringen. Die Einheit der Organisation, der Bewaffnung, der taktischen Doktrin, die Zusammenarbeit zwischen Wehrmächten verschiedener Volksart werden auf diese Weise leichter zu erreichen sein. Aber dies alles ändert nichts an der Tatsache, daß auch eine gut organisierte militärische Zusammenarbeit der sechs Länder und ihrer Armeen zum gleichen Ziele führen kann. Sofern der Wille bei allen da ist, können alle Probleme auch beim freien Zusammengehen gelöst werden; fehlt jedoch der Wille, werden sie auch in einer europäischen Wehrmacht zu unüberwindlichen Reibungen führen, sicher in einer europäischen Wehrmacht, die nicht der militärische Apparat eines politisch vereinigten Europas ist.

Die wahre Stärkung der eigenen europäischen Defensivkraft wird erst dann zur Tatsache, wenn die europäischen Länder sich nicht nur vereinigen, um zusammen eine Wehrmacht zu bilden, sondern die Vereinigung weiter geht und auch ihre Wirtschaft einbezieht. Die Kapazität, eine starke Wehrmacht zu bilden, wird ja in erster Linie von der wirtschaftlichen und finanziellen Kraft eines Staates oder einer Gruppe von Staaten bestimmt, sofern die ideelle Seite außer acht gelassen wird. Sofern die Zusammenarbeit der europäischen Staaten über das Militärische hinausgehen und der Energieverschwendung und Zersplitterung ein Ende bereiten würde, entstünde eine verstärkte europäische Wirtschaft. Dann erst wären die Grundlagen für eine bedeutende Verstärkung der europäischen Wehrmacht gelegt.

Dies alles fällt um so mehr ins Gewicht, als die verbündeten westlichen Länder sich in einem kalten Krieg oder wenigstens in einer Art von Konflikt mit der Sowjetunion befinden, wobei es nicht nur auf das militärische, sondern mindestens ebensoviel auf das wirtschaftliche Potential ankommt. Die Politik Moskaus wird durch die drohende Kraft seiner starken militärischen Mittel unterstützt, aber zugleich auch durch eine vom Kommunismus geförderte Aktivität, welche bezweckt, die Kräfte der nichtkommunistischen Länder zu untergraben. Wenn also die Länder des Westens ihre militärischen Mittel ungenügend ausbauen, vergrößern sie die militärische Gefahr aus dem Osten. Wenn sie andererseits ihre wirtschaftlichen Kräfte einschränken und dadurch die sozialen Verhältnisse ihrer Völker verschlechtern werden und Unzufriedenheit wächst, schaffen sie neue Angriffspunkte für die Agenten Moskaus. Deshalb muß das Streben der westlichen Länder sowohl auf Verstärkung der militärischen Kraft als auch auf die Förderung einer gesunden und starken Wirtschaft gerichtet sein. Die Folgerung liegt auf der Hand, daß, solange die wirtschaftliche und politische Einheit in Europa noch nicht besteht, die militärische Gemeinschaft nur eine beschränkte Bedeutung hat. Das militärische Zusammengehen kann auch ohne diese Einheit erreicht werden, vielleicht sogar auf einfachere Art.

Die angeführte Folgerung ist jedoch zu einfach, weil ganz andere Gründe vorliegen, welche eine europäische Defensivgemeinschaft zu einer absoluten Notwendigkeit machen. Diese Gründe entspringen rein militärischen Forderungen, die aus politischen Gründen nun einmal nicht anders erfüllt werden können als durch die Bildung einer europäischen Defensivgemeinschaft.

Die militärischen Überlegungen hängen mit der Art der militärischen Bedrohung aus dem Osten zusammen. Die Sowjetunion verfügt ja über eine sehr starke Macht an einsatzbereiten Land- und Luftstreitkräften und eine beachtenswerte Anzahl von Unterseebooten. General Gruenther hat diese noch vor kurzem auf 175 Divisionen

geschätzt, wovon 65 gepanzert oder mechanisiert, 20 000 Operationsflugzeuge, wovon 4000 mit Reaktionsmotoren, und 300 Unterseeboote.

Durch diese sofort verfügbare Macht ist Moskau im Stande — sofern politische Gründe dies in seinen Augen notwendig machen würden —, sich fast in jedem gewünschten Augenblick zu einer militärischen Aggression zu entschließen, ohne daß auffallende und zeitraubende Vorbereitungen notwendig wären. Moskau hat durch seine große vorhandene Macht die Möglichkeit einer überraschenden militärischen Initiative und wird dadurch im Anfang immer einen gewissen Erfolg erreichen können. Der Westen wird niemals im Stande sein, der gewaltigen militärischen Macht der Sowjetunion eine adäquate militärische Macht entgegenzustellen, welche sofort in Aktion treten könnte. Darum ist es für die Länder des Westens geboten, sich bis zum Äußersten anzustrengen, die immer einsatzbereiten Streitkräfte so stark wie möglich zu machen, und zugleich ihr Defensivsystem derart zu organisieren, daß es möglichst rasch geübte Reserven ins Feld bringen kann. Die einsatzbereiten Staffeln werden, wenn sie so aktiv wie möglich auftreten, die nötige Zeit gewinnen müssen, um den Reserven ihren Platz auf dem Kampfgebiete abzutreten. Da die großen Verstärkungen aus den USA erst nach einiger Zeit zu erwarten sind, werden die durch Europa selbst zu beschaffenden Reserven so stark sein müssen, daß damit auch im zweiten Stadium die Kampfhandlung des Feindes genügend verzögert werden kann, bis in einem dritten Stadium die amerikanischen Reserven auftreten können.

Wie sehr auch dieses ganze Defensivsystem durch Anwendung der modernsten wissenschaftlichen Kampfmittel und durch Ausführung strategischer Bombardierungen mit oder ohne Verwendung von Atombomben an Kraft gewinnen wird, bleibt die Tatsache bestehen, daß die westeuropäischen Staaten, besonders auf dem Gebiete der Land- und Luftstreitkräfte, eine maximale eigene Leistung aufbringen müssen, um die sowjetrussischen Aggressivstreitkräfte so bald wie möglich und so nah wie möglich beim Eisernen Vorhang aufzufangen. Sie benötigen dazu einen Operationsraum maximalen Umfanges. Alle diese Forderungen führen nur zu einer Folgerung: der Aufbau eines möglichst starken westeuropäischen Defensivsystems, eines Systems also, das so stark ist, daß Moskau es sich zweimal überlegen wird, bevor es einen Sprung ins Ungewisse tut, wäre nur möglich, wenn Westdeutschland in den Kreis der westlichen Mächte miteinbezogen wird. Ebenso muß die westdeutsche Mannschaft, die westdeutsche militärische Kenntnis und der westdeutsche Boden — kurz und gut das ganze westdeutsche Kriegspotential — in die Verteidigungsorganisation des Westens aufgenommen werden. Das liegt unzweifelhaft

auch im wesentlichen deutschen Interesse, denn Deutschland ist ebensowenig mit einem Kriege als mit einer von der Sowjetunion geschaffenen deutschen Einheit gedient. Wenn durch die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichtes der Friede erhalten werden kann und die Sowjetunion ihre Angriffspläne fallen lassen muß, dann wird das Zustandekommen einer gesünderen deutschen Einheit vielleicht nur eine Sache der Zeit sein.

Trotz der Schlagkraft militärischer Argumente, welche für die Aufnahme eines wiederaufgerüsteten Westdeutschlands in das Verteidigungssystem des Westens sprechen, sind die Geister, vor allem in Frankreich, noch nicht reif, um eine Wiederbewaffnung eines unabhängigen und souveränen Deutschlands zu akzeptieren. Ob man dies begrüßt oder bedauert, tut wenig zur Sache, — es ist eine Tatsache. Dieser Umstand hat zur Einsicht geführt, daß der große Zweck, das Schaffen eines wirksamen westeuropäischen Verteidigungssystems, ausschließlich durch das Zustandekommen einer europäischen Defensivgemeinschaft erreicht werden kann.

Obwohl also diese europäische Defensivgemeinschaft als solche erst dann ihre Bedeutung für eine kraftvolle europäische Verteidigung erhalten kann, wenn die europäische Einheit umfassender sein wird, sind es militärische Überlegungen, gepaart mit der besonderen politischen Art des deutschen Problems, welche die europäische Defensivgemeinschaft mit ihrer europäischen Kriegsmacht schon in der Gegenwart zu einer Notwendigkeit gemacht haben.

Das Vereinigte Königreich, obwohl an der westeuropäischen wie auch an der nordatlantischen Union beteiligt, kann infolge seiner besonderen Lage im britischen Commonwealth einer europäischen Defensivgemeinschaft nicht beitreten. Obwohl die übrigen europäischen Länder dies bedauern, werden sie dem britischen Standpunkt Verständnis entgegenbringen müssen und den von England den Staaten der Gemeinschaft gegebenen Garantien Anerkennung zollen.

Wenn die europäische Wehrmacht in nächster Zeit entstanden sein wird, werden die Beteiligten in der Verteidigung Westeuropas einen Platz neben den anderen Ländern der nordatlantischen Verteidigungsorganisation besetzen. Es ist schon aus diesem Grunde notwendig, daß die großen strategischen Linien der westeuropäischen Verteidigung in die nordatlantische Organisation einbezogen werden und die oberste Befehlsführung eine Sache dieser Organisation bleibt. Die Hauptaufgabe, welche dadurch automatisch der europäischen Defensivgemeinschaft zufällt, wird also die Schaffung einer europäischen Wehrmacht sein, welche operativ in der nordatlantischen Organisation auftritt.

Bis die europäische Defensivgemeinschaft von den verschiedenen Parlamenten ratifiziert sein wird, müssen noch viele Hindernisse weg-

geräumt werden. Das europäische Interesse und damit auch das der neutralen europäischen Länder und sogar der ganzen Welt erfordern, daß dies bald erfolgen möge und die beteiligten Länder nachher mit Überzeugung und Aufrichtigkeit an der Entwicklung ihrer Defensivgemeinschaft und der gemeinsamen Wehrmacht mitwirken werden. Der Wahrung des Friedens und der westlichen Zivilisation kann damit nicht besser gedient werden.

SCHWEDISCHE AUSSENPOLITIK NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

VON LENNART HIRSCHFELDT

DIREKTOR DES AUSSENPOLITISCHEN INSTITUTES, STOCKHOLM

I.

Als sich die schwedische Außenpolitik nach dem zweiten Weltkrieg den neuen Problemen der Nachkriegszeit gegenübergestellt sah, hatte die militärpolitische und strategische Lage eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Der erste Weltkrieg mündete in ein für Schweden vorteilhaftes Gleichgewicht der Mächte im Ostseeraum aus: Deutschland und Rußland waren geschwächt, ein selbständiges Polen wirkte als neuer und ausgleichender Faktor. Im Jahre 1919 war die russische Ostseeposition schwächer als je seit den Zeiten Karls XII.; der neue Sowjetstaat erreichte die Ostsee nur auf dem schmalen Streifen bei Leningrad im Finnischen Meerbusen. Jetzt, 1945, war die Lage anders. Teile des südöstlichen Finnland, die drei baltischen Staaten und das Gebiet von Königsberg wurden Rußland einverleibt, und die polnischen und deutschen Ostseeküsten standen bis in die Gegend von Lübeck unter russischer Militärkontrolle. Gleichzeitig hatte die technische Entwicklung der Kommunikationen und militärischen Machtmittel den Wert jenes Schutzes vermindert, den Schweden früher aus einer verhältnismäßig abgeschiedenen Lage hatte ziehen können.

Die Entwicklung, welche die Welt während des Krieges durchlaufen, zeichnete sich bereits ab durch die ausgeprägte Schwerpunkt-